

Kleine Anfrage

des Abg. Peter Schneider CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

Polizeireform: Auswirkungen auf den Landkreis Biberach

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit kann sie mittlerweile konkretere Angaben machen, welche Bediensteten der Polizei im Landkreis Biberach bei einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers der Landesregierung damit rechnen müssen, dass ihre Stelle im Rahmen eines sogenannten „Interessenbekundungsverfahrens“ neu ausgeschrieben wird, mit der Folge, dass die Stelle ggf. mit einer anderen Person besetzt wird?
2. Inwieweit kann sie mittlerweile konkretere Angaben machen, wie sich die Anzahl der unter Frage 1 zu nennenden Bediensteten im Falle einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers einschließlich einer Schließung der Polizeidirektion Biberach verändert (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes handelt)?
3. Inwieweit kann sie mittlerweile konkretere Angaben zu den Kosten machen, die – bezogen auf den Landkreis Biberach – bei einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers entstehen?
4. Falls sie weiterhin keine konkreten Angaben zu den o. g. Fragen machen kann, bis wann kann sie konkrete Aussagen und Zahlen zu den personellen Auswirkungen und Kosten der geplanten Polizeireform auf den Landkreis Biberach vorlegen?

27. 06. 2012

Schneider CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 20. Juli 2012 Nr. 3-112/45/384 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Inwieweit kann sie mittlerweile konkretere Angaben machen, welche Bediensteten der Polizei im Landkreis Biberach bei einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers der Landesregierung damit rechnen müssen, dass ihre Stelle im Rahmen eines sogenannten „Interessensbekundungsverfahrens“ neu ausgeschrieben wird, mit der Folge, dass die Stelle ggf. mit einer anderen Person besetzt wird?*

Zu 1.:

Personalumsetzungen im Zuge der Polizeireform orientieren sich weitgehend am Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“, wobei die von einem Wechsel betroffenen Beschäftigten in einem strukturierten Interessensbekundungsverfahren priorisierte Verwendungswünsche äußern können und in der Regel mit ihren Stellen zu den künftigen Dienststellen versetzt werden.

Das Interessensbekundungsverfahren ist kein Stellenausschreibungsverfahren. Stellenausschreibungen erfolgen in der Regel nur, wenn es sich um die Besetzung freier Stellen und/oder Funktionen handelt. Ob überhaupt und gegebenenfalls welche Stellen von solch einer Ausschreibung betroffen sind, lässt sich derzeit noch nicht im Detail absehen. Die Einzelheiten zur Durchführung des Interessensbekundungsverfahrens werden momentan landesweit im Projekt Polizeireform erarbeitet.

Konkretere Angaben zu den Auswirkungen für die Bediensteten der Polizei im Landkreis Biberach können erst dann gemacht werden, wenn das Interessensbekundungsverfahren abgeschlossen ist und feststeht, welche Bediensteten an welchem Standort ihre bisherige oder eine neue Aufgabe wahrnehmen.

- 2. Inwieweit kann sie mittlerweile konkretere Angaben machen, wie sich die Anzahl der unter Frage 1 zu nennenden Bediensteten im Falle einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers einschließlich einer Schließung der Polizeidirektion Biberach verändert (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes handelt)?*

Zu 2.:

Konkretere Angaben können derzeit noch nicht gemacht werden. Die genaue Anzahl der zukünftigen Bediensteten im heutigen Bereich der Polizeidirektion Biberach ist abhängig von der genauen Festlegung, welche Organisationseinheiten – neben den Polizeireviere und Polizeiposten sowie dem Kriminalkommissariat – der Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion und Verkehrspolizeidirektion im Bereich Biberach gegebenenfalls noch angesiedelt werden und welche Personalstärken diese Organisationseinheiten aufweisen. Das verantwortliche Projekt des zukünftigen Polizeipräsidiums mit Sitz in Ulm trifft gegenwärtig im Rahmen der Projektarbeit hierzu die näheren Festlegungen, die auch Voraussetzung für die Durchführung des Interessensbekundungsverfahrens sein werden.

Gleiches gilt für die Bediensteten am Standort der bisherigen Bereitschaftspolizeidirektion Biberach. Bei den Standortentscheidungen wurde festgelegt, dass unter dem Dach der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung der Standort Biberach ein Teil des Instituts für Ausbildung und Training sein wird. Die Entscheidung zum Sitz der Institutsleitung Ausbildung und Training sowie die Zuordnung der Trainingsbereiche zu den jeweiligen Standorten wird derzeit im Rahmen des Projekts Polizeireform vorbereitet.

Zudem überprüft das Projekt des künftigen Präsidiums Technik, Logistik, Service die zukünftige Struktur des Polizeiärztlichen Dienstes und hierbei auch einen möglichen Standort in Biberach.

Die genaue Anzahl der zukünftigen Bediensteten der bisherigen Bereitschafts-polizeidirektion Biberach ist von der konkreten Zuordnung und Personalstärke der Ausbildungs- und Trainingsbereiche sowie den Prüfergebnissen zum Polizei-ärztlichen Dienst abhängig.

3. Inwieweit kann sie mittlerweile konkretere Angaben zu den Kosten machen, die – bezogen auf den Landkreis Biberach – bei einer 1:1-Umsetzung des Eck-punktepapiers entstehen?

4. Falls sie weiterhin keine konkreten Angaben zu den o. g. Fragen machen kann, bis wann kann sie konkrete Aussagen und Zahlen zu den personellen Auswirkungen und Kosten der geplanten Polizeireform auf den Landkreis Biberach vorlegen?

Zu 3. und 4.:

Der Ministerrat hat das Innenministerium und das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft beauftragt, spätestens im vierten Quartal 2012 u. a. eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und ein Konzept zur sozialverträglichen Umsetzung der Polizeireform vorzulegen. Konkrete Aussagen zu den personellen Auswirkungen und den Kosten der Polizeireform können daher frühestens zu diesem Zeitpunkt getroffen werden.

Gall

Innenminister